

Beschluss der Bezirksgruppe

Grüne Bezirksgruppe Mitte unterstützt syrische Oppositionsgruppe

Seit dem Frühjahr 2011 demonstrieren die Menschen in Syrien für mehr Demokratie, mehr Freiheit und die Einhaltung der Menschenrechte. Die syrische Bevölkerung demonstriert für ein Ende der Diktatur von Bashar al-Assad und für ein freies, selbstbestimmtes Syrien. Diktator Assad reagiert auf die friedlichen Massendemonstrationen, indem er sein eigenes Volk mit Panzern und Kampfflugzeugen beschießen lässt, die syrischen Demokraten einsperrt, foltert und ermordet. Laut Angaben der Vereinten Nationen sind in Syrien inzwischen mehr als 5.000 Zivilisten diesem Krieg gegen das eigene Volk zum Opfer gefallen. Trotz Beobachtermission der arabischen Liga, dauert die Gewalt in Syrien an. UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon zeigte sich Anfang Januar 2012 tief besorgt und forderte erneut ein sofortiges Ende der Gewalt. Bereits Anfang Dezember 2011 verurteilte der UN-Menschenrechtsrat in einer Resolution die "weitverbreitete, systematische und unverhüllte Verletzung" der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Syrien. Human Rights Watch stellt in einem Bericht, basierend auf Berichten von Überläufern aus Armee und Geheimdienst, detaillierte Informationen über die Angriffe auf die Zivilbevölkerung dar und fordert, den Internationalen Strafgerichtshof mit Ermittlungen zur Lage in Syrien zu beauftragen. Die Leiterin des Beiruter Büros der Heinrich-Böll-Stiftung, Layla Al-Zubaidi, berichtete Anfang Januar 2012 über ihre Reise nach Syrien, dass in den Hochburgen der Opposition Medikamente knapp werden und ein Bürgerkrieg droht.

Bündnis 90/ Die Grünen Berlin Mitte verurteilen die Gewalt gegen das syrische Volk. Wir fordern ein sofortiges Ende der Gewalt, die Einhaltung der UN-Menschenrechtscharta und die Einleitung eines friedlichen Machtwechsels in Syrien. Wir wollen als Bezirksgruppe diesen Prozess mit unseren bescheidenen Mitteln konkret unterstützen.

Vor diesem Hintergrund will die Bezirksgruppe von Bündnis 90/ Die Grünen die syrische Opposition auf lokaler Ebene – von Kommune zu Kommune – wie folgt unterstützen:

1. Bündnis 90/ Die Grünen Berlin-Mitte erklären sich solidarisch mit der syrischen Opposition. Bündnis 90/ Die Grünen Berlin-Mitte unterstützen im Rahmen der Kampagne

„Adopt a Revolution. Den syrischen Frühling unterstützen“ das lokale Aktionskomitee in der im Nordosten von Syrien gelegenen Stadt Qamischli mit einer Spende in Höhe von 500 Euro. „Adopt a Revolution“ wird von Medico International, der Bewegungstiftung, der Friedenskooperative, dem Komitee für Grundrechte und Demokratie und der syrischen Opposition sowie der taz unterstützt. „Adopt a Revolution“ stellt sicher, dass unser Beitrag die Komitees erreicht und nur für die angegebenen Zwecke eingesetzt wird. Wir erhalten als Bezirksgruppe alle vier bis sechs Wochen einen Bericht von „unserem“ Komitee in Qamischli zur Lage und Arbeit vor Ort. Dieser Bericht wird in der nächsten Bezirksgruppe zur Kenntnis gegeben.

2. Weiterhin beschließt die Bezirksgruppe von Bündnis 90/Die Grünen Mitte, dass die Grüne Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Mitte nach Abstimmung mit den anderen Fraktionen folgenden Antrag in die BVV einbringt:

Die Bezirksverordnetenversammlung möge in Absprache mit den anderen Fraktionen das Bezirksamt beauftragen, eine Städtepartnerschaft mit dem lokalen Aktionskomitee der syrischen Opposition in Qamischli (Nordostsyrien, geteilte Stadt seit 1946) zu vereinbaren. Die Städtefreundschaft ist eine abgeschwächte und zeitlich begrenzte Form der Städtepartnerschaft. Die Städtefreundschaft mit Qamischli dient der Unterstützung der syrischen Revolution und soll deshalb mit dem lokalen Aktionskomitee vereinbart werden. Die Städtefreundschaft dient bis zum Sturz des Regimes der humanitären Hilfe der Bevölkerung in Qamischli.

Ob später mit der ersten demokratischen Stadtverwaltung aus der Städtefreundschaft eine weitergehende Kooperation, z.B. im kulturellen oder umweltpolitischen Bereich entwickelt werden soll und kann, wird nach dem Sturz des syrischen Regimes geprüft.

Beschlossen auf der Bezirksgruppensitzung am 10.01.2012